

# Ä1 Solidarität statt Abschottung - In Thüringen auch international zusammenhalten

Antragsteller\*in: Jusos Thüringen

## Änderungsantrag zu M1

### Von Zeile 1 bis 77:

Als im Jahr 2022 als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine über [Zeilenumbruch] eine Million Geflüchtete in die Europäische Union kamen und hier Schutz fanden, [Zeilenumbruch] zeigte sich ein lange verschollenes Gesicht der europäischen Asylpolitik. Nicht [Zeilenumbruch] Abschottung, Inhumanität und Uneinigkeit zwischen den Staaten prägten das Bild, [Zeilenumbruch] sondern eine große internationale Solidarität. Anderthalb Jahre nach Beginn des russischen Angriffskrieges und der ~~Fluchtbewegung der Ukrainer:innen spielt das Thema Migration noch immer eine Rolle, aber der Ton hat sich verändert. Statt solidarischer und konstruktiver Debatten führen wir Diskussionen über mehr und schnellere Abschiebungen, die Ausweitung sicherer Herkunftsländer und die zunehmende Abschottung der Europäischen Union durch den Asyl- und Migrationspakt. Dieser Diskurswechsel ist besonders in Anbetracht der noch vor einem Jahr praktizierten solidarischen und humaneren Asylpolitik nur schwer zu ertragen. Deswegen ist es höchste Zeit, als Sozialdemokrat:innen Haltung für eine menschenwürdige Asylpolitik zu zeigen und sich gegen die teilweise menschenfeindliche, rassistische und von der Realität losgelöste Migrationsdebatte zu stellen:~~

- Migrationsdebatte ab und verurteilt die Übernahme und Annäherung anrechte Narrative. Populismus und menschenfeindliche Aussagen könnenniemals unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft sein.
- Die SPD Thüringen steht zum sozialdemokratischen Grundwert der internationalen Solidarität. Dieser steht im unvereinbaren Gegensatz zur europäischen oder deutschen Abschottungspolitik.
- Die Sozialdemokratie stand und steht für ein Europa der Menschen, nicht der Mauern und Stacheldrähte.
- Als SPD Thüringen bekennen wir uns zu dem Ziel der gemeinsamen europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir wollen ein solidarisches Verteilungssystem aufbauen. Dazu gehört auch, dass eine verbindliche Vereinbarung zur Aufnahme von Geflüchteten zwischen allen EU-Mitgliedstaaten getroffen wird und die für die Kontrolle und Registrierung von Asylsuchenden verantwortlichen Anrainerstaaten durch einen Solidaritätsmechanismus unterstützt werden.
- In ihrem Koalitionsvertrag vereinbarten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen Paradigmenwechsel, hin zu einer humaneren Migrationspolitik. Doch mit dem MPK-Beschluss vom 10. Mai 2023 zur "Gemeinsame[n] Flüchtlingspolitik von Bund und Ländern" sind die getroffenen Vereinbarungen des Koalitionsvertrags hinfällig. Die darin vorgesehenen aufenthaltsrechtlichen Verschärfungen und weiteren Abschottungsmaßnahmen haben nichts mit der versprochenen, humanen Migrationspolitik zu tun. Die SPD Thüringen verurteilt diese Kursverschiebung ausdrücklich und kritisiert im Besonderen
- in Bezug auf die europäische Asylpolitik:

- die Verschärfung von Dublin-Überstellungen, die Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX sowie die Beschlüsse des Rates der Europäischen Union zu einem gemeinsamen europäischen Asylsystem (GEAS) vom Juni und Oktober dieses Jahres. Die darin vorgesehenen Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen, wonach bestimmte Personengruppen anhand ihrer Herkunftsländer bzw. der Anerkennungsquoten aus diesen beurteilt werden, lehnen wir ab. Außerdem kritisieren wir den Aufruf des Europäischen Rates an die Europäische Kommission vom Februar 2023, der sich dafür einsetzt, in der EU umfangreiche Finanzmittel und Ressourcen zu mobilisieren, um damit an den EU-Außengrenzen Kapazitäten und Infrastruktur für Grenzschutzanlagen auszubauen.
- **in Bezug auf die deutsche Asylpolitik:**  
die Bestrebungen zu einer Erweiterung des Sicheren-Herkunftsstaaten-Konzepts, sowie die Einigung der MPK, die gesetzlichen Regelungen der Abschiebehaft zu verschärfen, wodurch in Zukunft eine Abschiebehaft unabhängig von der Asylantragstellung möglich sein soll. Wir lehnen die Einführung des Haftgrunds des Verstoßes gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote außerhalb von Fluchtgefahr, sowie die Verlängerung des Ausreisegewahrsams von zehn auf 28 Tage ab. Darüber hinaus lehnen wir die Ausdehnung des Betretungsrechts in Gemeinschaftsunterkünften auf die Zimmer anderer Bewohner:innen zum Zwecke der Auffindung von Personen, die in Abschiebehaft genommen werden sollen, ab.
- Die SPD Thüringen fordert daher ihre Vertreter:innen in der Thüringer Landesregierung, im Thüringer Innenministerium, im Thüringer Landtag und im Bundestag dazu auf, sich gegenüber der Bundesregierung, der SPD-Bundestagsfraktion, dem SPD Parteivorstand und den der SPD zugehörigen Mitgliedern des Europäischen Parlaments ausdrücklich gegen diese Pläne und Vorhaben auszusprechen. Die SPD Thüringen wird sich stattdessen dafür einsetzen,
- dass legale Einwanderungsmöglichkeiten geschaffen werden, um zu verhindern, dass Menschen sich auf tödliche Fluchtrouten begeben.
- dass die illegalen Push-Backs an den EU-Außengrenzen konsequent verhindert und sanktioniert werden, die Finanzierung der libyschen Küstenwache durch die EU eingestellt wird sowie die Arbeit von Organisationen der Seenotrettung durch die Bundesrepublik unterstützt werden und die Schaffung einer europäischen Behörde mit der Hauptaufgabe der Seenotrettung vorangetrieben wird.
- dass die Kommunen die benötigte strukturelle und finanzielle Unterstützung für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten bekommen, sodass sie in dieser Aufgabenerfüllung langfristig abgesichert werden.
- dass die integrationshemmenden und verwaltungsaufwändigen Aufenthalts- und asylrechtlichen Wohnsitzauflagen aus §§ 12 ff. AufenthG, §§ 47, 60 ff. AsylG gestrichen werden.
- dass insbesondere die gesetzlichen Verpflichtungen zur Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften abgeschafft werden, um die Möglichkeit zu eröffnen, dass Betroffene selbstständig bei Familienangehörigen oder Freund:innen unterkommen und besser ankommen können.
- dass Verbesserungen der Mindeststandards für Gemeinschaftsunterkünfte in Thüringen und ganz Deutschland geschaffen werden, die deutlich über den Anforderungen der aktuellen ThürGUSV und vergleichbaren Regelungen liegen. Die Unterbringungen in Gemeinschaftsunterkünften dürfen nur zeitlich befristete Lösungen für den Aufnahmezeitraum sein, dennoch müssen auch in dieser Zeit menschenwürdige und ausreichende Wohnverhältnisse bestehen, die ein Ankommen ermöglichen und Schutz sowie Privatsphäre bieten.
- dass die Möglichkeiten der dezentralen Unterbringung deutlich ausgebaut und gestärkt werden. Nur so können die bestehenden Kapazitäten zur Unterbringung möglichst effizient genutzt werden.

- dass die medizinische Versorgung sowie die soziale Beratung und Betreuung der Geflüchteten ausreichend gewährleistet wird. Diese muss sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und unbürokratisch in Anspruch genommen werden können.
- dass die Beschlüsse der MPK vom November 2023 zu Bezahlkarten und Ausgaben von Sachleistungen anstelle von Bargeld an Geflüchtete zurückgenommen und rückabgewickelt werden und in Thüringen keine weitere Anwendung finden. Diese Beschlüsse stellen eine unzulässige Stigmatisierung von Menschen dar, sprechen ihnen ihre Selbstständigkeit ab, belasten die Kommunen und ihre Verwaltungen zusätzlich und widersprechen dem Urteil des Bundesverfassungsgericht, nachdem zum Existenzminimum auch soziale Teilhabe gehört.
- dass wir eine Willkommenskultur etablieren, die dazu in der Lage ist ein echtes Ankommen zu ermöglichen. Dazu gehört, dass Geflüchtete unbürokratisch Zugang zu Bildungseinrichtungen, dem Arbeitsmarkt und gesellschaftlicher Teilhabe erhalten.
- Durch die neuerlichen Verschiebungen der Bereiche "Aufnahme und Unterbringungen von Flüchtlingen" und "Ausländer- und Asylrecht" in das Thüringer Innenministerium fordern wir dieses dazu auf schnellstmöglich eine grundlegende Überarbeitung und Verbesserung der Thüringer Verordnung über die Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und Asylsuchenden (ThürGUSVO) vorzunehmen. Die Mindeststandards müssen dringend angehoben werden und die Möglichkeiten der dezentralen Unterbringen müssen massiv ausgebaut werden, um die Erstaufnahmeeinrichtungen in Suhl und Hermsdorf sowie die Gemeinschaftsunterkünfte in ganz Thüringen zu entlasten. Wir stehen ganz klar gegen die Festung Europa und für eine solidarische und menschenrechtsgelenkte Asyl- und Migrationspolitik. Es ist unsere Verantwortung für die Achtung und Wahrung von Menschenrechten und Solidarität mit Geflüchteten einzustehen. Hoch die internationale Solidarität! Soziale Politik für Dich, für Alle!

## Begründung

Komplett Ersetzung

## **Ä1** Entkriminalisierung des Rote Hilfe e.V.

Antragsteller\*in: Jusos Thüringen

### Änderungsantrag zu R1

#### **Von Zeile 1 bis 4:**

~~Die Jusos Thüringen fordern die Entkriminalisierung des Rote Hilfe e.V. und die Beendigung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Wir fordern die SPD Thüringen dazu auf, sich dazu auf dem nächsten Landesparteitag entsprechend zu positionieren.~~ Die SPD Thüringen führt eine Debatte mit dem Ziel der Entkriminalisierung des Roten Hilfe e.V.

## Ä2 Entkriminalisierung des Rote Hilfe e.V.

Antragsteller\*in: OV Eichsfeld

### Änderungsantrag zu R1

#### Von Zeile 1 bis 4:

~~Die Jusos Thüringen fordern die Entkriminalisierung des Rote Hilfe e.V. und die Beendigung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Wir fordern die SPD Thüringen dazu auf, sich dazu auf dem nächsten Landesparteitag entsprechend zu positionieren.~~ Die SPD Thüringen fordert die Entkriminalisierung des Rote Hilfe e.V. Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz halten wir für unverhältnismäßig und falsch. Der Rote Hilfe e.V. ist eine wichtige antifaschistische Schutz- und Solidaritätsorganisation.

#### Begründung

erfolgt mündlich

## **Ä1** Geschäftsordnung

Antragsteller\*in: Carl-Christian Dressel

### Änderungsantrag zu GO

#### **Von Zeile 35 bis 37 einfügen:**

10. Das Präsidium erteilt unter Berücksichtigung der Tagesordnung und schriftlich vorliegender Wortmeldung das Wort. Bei Änderungsanträgen werden zwei Wortmeldungen maximal aufgerufen: eine zur Begründung, eine zur Gegenrede. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt maximal drei Minuten. Die

**Ä1** Schuldenbremse ausbremsen – Grundgesetz zukunftsfest machen.

Antragsteller\*in: Maximilian Schröter

## Änderungsantrag zu INI1

### Von Zeile 39 bis 40:

1) Die Finanzverfassung, insbesondere der Art. 109 ~~GG~~und 115GG, muss grundsätzlich reformiert werden.  
Wir werden die Schuldenbremse gänzlich abschaffen.

## Ä38 Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2024

Antragsteller\*in: SPD IIm-Kreis

### Änderungsantrag zu A1

#### Von Zeile 58 bis 61:

- Fachexpert:innen und -verbänden für den Kita-Bereich einen Mindestpersonalschlüssel von 1:3 für Kinder unter 3 Jahren (~~U-3~~U3) und von 1:7,5 für die Altersgruppe zwischen 3 Jahren und Schuleintritt (~~Ü-3~~Ü3). Davon ist Thüringen trotz aller in den letzten Jahren vorgenommen

#### Von Zeile 68 bis 70:

- ihn in der kommenden Dekade zu erfüllen. Als ersten wichtigen Schritt werden wir den Mindestpersonalschlüssel im Bereich ~~Ü-3~~Ü3 vereinheitlichen und auf 1:12 festlegen und in einem nächsten Schritt den

#### Von Zeile 107 bis 109 einfügen:

- mittelständische Unternehmen unterstützen, Arbeitsbedingungen anzupassen, z.[Leerzeichen]B. durch familienfreundliche Arbeitszeitmodelle oder Möglichkeiten zum Homeoffice. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung einer

#### Von Zeile 177 bis 178:

- auf der Bundesebene für die Einführung eines Grunderbes in Höhe von 20.000 ~~€~~Euro, für jede:n der das 18. Lebensjahr erreicht, ein.

#### Von Zeile 199 bis 202:

- ~~die~~Die Maßnahmen der „Landesstrategie Mitbestimmung“ weiter umsetzen und die Mitbestimmungsrechte in der Kommunalordnung stärken sowie Jugendgremien in der Landespolitik, wie z.[Leerzeichen]B. den Jugendlandtag als Jugendpolitikberatung etablieren. Die Diskussion um die Reform der Thüringer Verfassung mit dem

#### Von Zeile 487 bis 489 einfügen:

- Täterarbeit ist ein wichtiger Aspekt der Gewaltprävention. Daher werden Programme zur Täterarbeit und Gewaltprävention (z.[Leerzeichen]B. Projekt Orange) auskömmlich finanziert, damit diese Arbeit effektiv und flächendeckend

#### Von Zeile 545 bis 547 einfügen:

- Weiterbildung in Teilzeit zu absolvieren, Kinderbetreuung in Anspruch zu nehmen und eine finanzielle Entlastung (z.[Leerzeichen]B. durch soziale Staffelung von Entgelten oder Förderprogrammen speziell für Frauen, die sich weiter- oder

**Von Zeile 571 bis 573 einfügen:**

- entstanden und sollte auf die vorherrschende Diskriminierung aufgrund des Geschlechts aufmerksam machen, u.[Leerzeichen]a. thematisierte der erste Internationale Frauentag 1911 die Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Die Einführung des

**Von Zeile 694 bis 696 löschen:**

- Bildungseinrichtungen weiter aus, denn wir begreifen Vielfalt als Ressource in Thüringen. Die Teilhabe im gesellschaftlichen Leben, –in Bildungs-, sozialen und kulturellen Einrichtungen von Menschen mit

**Von Zeile 830 bis 832 einfügen:**

- Als SPD Thüringen unterstützen wir das Konzept des „lebenslangen Lernens“ und wollen dieses mit der Bildungsfreistellung stärken. Dazu werden wir das Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz novellieren, um noch mehr

**Von Zeile 884 bis 885 einfügen:**

- Wir unterstützen weiterhin die Etablierung einer Technologieberatungsstelle[Leerzeichen]nach rheinland-pfälzischem Vorbild.

**Von Zeile 952 bis 954 einfügen:**

- Sektors als Sprachrohr für soziale Gerechtigkeit und Anbieter Sozialer Arbeit in Thüringen zu stärken, braucht es u.[Leerzeichen]a. eine Fortschreibung des Thüringer Sozialwirtschaftsberichtes.

**Von Zeile 968 bis 970 einfügen:**

- zuständige Verwaltung, sondern hilft ebenfalls Trägern, Vereinen und Verbänden. Die freiwerdenden Kapazitäten können u.[Leerzeichen]a. genutzt werden, um Angeboten der Qualifizierung für die Tätigkeit in den Vereinen und

**Von Zeile 1032 bis 1033:**

- Unternehmen am Wirtschaftsstandort Thüringen etablieren, um diese bei der Umstellung auf eine ~~CO<sub>2</sub>~~-freie Produktion zu unterstützen.

**Von Zeile 1046 bis 1047 einfügen:**

- Das senkt dauerhaft Kosten, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft und stärkt Arbeitsplätze und Umwelt in der Region.

**Von Zeile 1177 bis 1178:**

- Umweltstandards genügen. So sollten lange Lieferwege vermieden und Thüringer Produzenten gestärkt werden, um den ~~CO<sub>2</sub>~~-Abdruck zu senken.

**Von Zeile 1242 bis 1244:**

- Wir werden die Neugründung und den Erhalt von Ökolandbau mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten, um zunächst das Thüringer Ziel 10 %Prozent Ökolandbau und im Anschluss das bundesdeutsche Ziel 30 %Prozent zu erreichen.

**Von Zeile 1296 bis 1297 einfügen:**

- finanzierte Weidetierprämie für Milchkühe und extensive Mutterkuhhaltung im Rahmen der EU-Förderung fördern und erhalten.

**Von Zeile 1305 bis 1307 einfügen:**

- als Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zusammenfasst und resistenter gegen Schäden durch Hochwasserlagen macht. Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum zusammenfasst und resistenter gegen Schäden durch Hochwasserlagen macht. Ebenso sehen wir in einem aktiven Wassermanagement eine dringende Aufgabe der öffentlichen Hand.

**Von Zeile 1323 bis 1325 einfügen:**

- die Landwirt:innen auf diesem Prozess finanziell und wissenschaftlich begleiten. Dies schaffen wir u.[Leerzeichen]a. durch eine noch gezieltere und räumlich begrenztere Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Dafür braucht es

**Von Zeile 1332 bis 1334 einfügen:**

- Angebote für umweltverträglicher Ernährungsstile ernstnehmen und in den Kantinen öffentlicher Einrichtungen attraktive günstige Angebote u.[Leerzeichen]a. für eine pflanzenbasierte Ernährung schaffen.

**Von Zeile 1573 bis 1574:**

- einer Helfer:innenprämie fortsetzen, die für 10 aktive Dienstjahre eine 500 €Euro-Prämie vorsieht.

**Von Zeile 1644 bis 1645 einfügen:**

- langfristige Ausfinanzierung zu ermöglichen und wiederkehrenden Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

**Nach Zeile 1824 einfügen:**

- Wir stehen für den Erhalt der Justizstandorte mit allen ihren Gerichten für unsere Bürger:innen.

**Von Zeile 1844 bis 1929:**

- **Justizvollzug in Thüringen – sicher, modern und resozialisierungsorientiert**

- Gesetzliches Ziel des Justizvollzuges in Thüringen ist es, Strafgefangene zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen und die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen. Dem Ziel dienen sichere und moderne Justizvollzugsanstalten, gute Therapieangebote, ausreichendes und gut qualifiziertes Personal sowie eine attraktive Arbeitsumgebung. Ohne motivierte Mitarbeiter ist das Ziel der Resozialisierung und Wiedereingliederung der Strafgefangenen in die Gesellschaft nicht zu erreichen. Die Sicherheit, die Wirtschaftlichkeit des Strafvollzugs und die Resozialisierung der Strafgefangenen müssen gleichzeitig gewährt werden. Zur Gewinnung von qualifizierten und motivierten Nachwuchskräften werden wir die Attraktivität des Berufsfeldes „Justizvollzug“ steigern. Hierzu setzen wir uns für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, eine moderne Ausrüstung, eine gezielte Personalentwicklung, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, eine verbesserte Besoldungs- und Beförderungssituation, insbesondere die Verbesserung der Anwärterbesoldung durch die Wiedereinführung eines Anwärtersonderzuschlages, ein. Die Bildungs- und Beschäftigungsangebote für Gefangene wollen wir auf hohem Niveau erhalten. Die Möglichkeiten, eine Ersatzfreiheitsstrafe in der Haft abzarbeiten, wollen wir ausweiten. Zudem sind wir überzeugt, dass die Bedingungen in Haft mit den gesellschaftlichen Entwicklungen in Freiheit mithalten müssen. Digitalisierung und demografischer Wandel dürfen nicht vor den Toren der Haftanstalten enden. Die Bereitstellung digitaler Medien und Bildungsangebote für Gefangene wollen wir unter Beachtung des Sicherheitsauftrages prüfen. Die Möglichkeiten des elektronischen Besuchs wollen wir ausbauen. Die Situation älterer Gefangener in Haft wollen wir ebenfalls verbessern. Dabei werden wir auf die Erfahrungen anderer Länder zurückgreifen. Für radikalisierte Straftäter:innen wollen wir auch im Justizvollzug Deradikalisierungs- und Ausstiegsprogramme zur Vermeidung von Rückfälligkeit nach Haftentlastung fortführen bzw. aufbauen.
- Ein besonderes Augenmerk in der Resozialisierungsarbeit wollen wir auf eine stärkere Berücksichtigung der Opferperspektive und den Ausgleich der Tatfolgen während der Inhaftierung legen.
- Um den Übergang der Gefangenen in die Freiheit zu erleichtern, wollen wir das professionelle Übergangsmanagement in einem Resozialisierungsgesetz gesetzlich verankern. Die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten wollen wir u. a. durch eine Verbesserung der medizinischen, insbesondere psychiatrischen Versorgung, zum Beispiel durch eine Kooperation mit dem Maßregelvollzug, erhöhen. An dem Gemeinschaftsprojekt mit dem Freistaat Sachsen „JVA Zwickau-Marienthal“ halten wir deshalb fest. Der hierfür vorgesehene Personalübergang muss sozialverträglich, transparent und im Einvernehmen mit den betroffenen Bediensteten erfolgen. Die sinnvolle Nachnutzung künftig wegfallender Justizvollzugseinrichtungen werden wir ergebnisoffen prüfen. In die Prüfung werden wir bestehende Bedarfe, zum Beispiel in den Bereichen Sicherungsverwahrung und seniorengerechter Vollzug, mit einbeziehen. Im Rahmen eines verbesserten Übergangsmanagements nach der Haft und zur Erleichterung der Resozialisierung wollen wir den Aufbau einer staatlichen Nachsorgeeinrichtung als Übergangs- und Auffangeinrichtung für komplexere Fälle unter den Haftentlassenen prüfen.

#### **Ambulante und freie Straffälligenhilfe stärken**

- Neben dem Justizvollzug ist die ambulante Straffälligenhilfe mit den Sozialen Diensten in der Justiz und den Vereinen der freien Straffälligenhilfe die wichtigste Säule der Resozialisierung in Thüringen. Durch eine Stärkung tragen wir aktiv dazu bei, dass erneute Inhaftierungen von Straffälligen ebenso wie weitere Straftaten vermieden werden und so ein wichtiger Beitrag zur Inneren Sicherheit geleistet wird.
- Gerade die Mitarbeiter:innen der Sozialen Dienste in der Justiz leisten als staatliche Institution in den Bereichen der Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie der Führungsaufsicht einen erheblichen Anteil zur Vermeidung neuer Straftaten. Wir setzen uns für eine auskömmliche

~~personelle Ausstattung der Sozialen Dienste in der Justiz ein. Damit gewährleisten wir, dass die qualitativ hochwertige Tätigkeit weiter verbessert wird und mehr Zeit für die Hilfe und Kontrolle der Straffälligen zur Verfügung steht. Ebenfalls erachten wir eine Verbesserung der technischen Ausstattung für notwendig. Mobiles Arbeiten ist gerade im ländlichen Raum unerlässlich, um Straffällige auch im häuslichen Umfeld begleiten zu können. Neben den staatlichen Institutionen leisten die Vereine der freien Straffälligenhilfe einen großen und wichtigen Beitrag zur Resozialisierung. Sie vermitteln und begleiten in der Ableistung gemeinnütziger Arbeit und bieten spezialisierte Beratungsangebote an. Hinzu kommen Angebote für Soziale Trainingskurse. Wir werden die bestehenden Strukturen in Thüringern festigen und auszubauen. Hierzu gehört die Schaffung einer Förderstruktur und -praxis, die es ermöglicht, Modellprojekte voll zu finanzieren.~~

### **Zukunfts(dauer)aufgabe Digitalisierung der Justiz**

- Immer mehr ältere Mitmenschen werden Opfer von Straftätern (z. B. Enkeltrick). Außerdem verlagert sich das Kriminalitätsgeschehen stark ins Netz. Um Menschen jeden Alters vor Kriminalität zu schützen, legen wir eine nachhaltige Präventionsstrategie mit den Schwerpunkten „Cybercrime“ und „Kriminalität gegen Senioren“ auf.

#### **Von Zeile 1998 bis 2001 einfügen:**

- Klagerechte. Wir treten auf Bundesebene für Klagerechte von Verbraucherschutzorganisationen z. [Leerzeichen]B. der Verbraucherzentralen ein. Wir wollen Klagerechte für Verbraucherorganisationen z. [Leerzeichen]B. gegen typische „Abzockstrategien“ bei geringen Streitwerten und bei unlauterem Wettbewerb

#### **Von Zeile 2065 bis 2067 einfügen:**

- Hierbei helfen nicht nur Gelder zum Abbau von Altschulden und Prämien, um die Kosten des Zusammenschlusses z. [Leerzeichen]B. für angleichende IT-Maßnahmen zu schultern, sondern auch und insbesondere Unterstützung bei der Hebung von

#### **Von Zeile 2246 bis 2249 einfügen:**

- das Angebot kostenloser Energieberatungen stärken und Beratungsangebote zum energieeffizienten Sanieren ausbauen.
- das Bauen mit alternativen Baustoffen wie z. [Leerzeichen]B. Holz, Lehm, Stroh insbesondere für öffentliche Bauvorhaben deutlich ausweiten.

#### **Von Zeile 2272 bis 2274:**

- Wir setzen uns für eine langfristige sichere Finanzierung und Fortsetzung des Deutschlandtickets ein. Ein Ticket für alle -- das schafft Klarheit im Tarifgefüge und senkt die Hürden für die Nutzung von Bus, Straßenbahn und

#### **Von Zeile 2300 bis 2302 einfügen:**

- an den am Bedarf ausgerichteten Angeboten auf Abruf, also dem On-Demand-Verkehr bzw. -Angebot. Hierzu zählt u. [Leerzeichen]a. die Nutzung von gemeinsam genutzten PKWs, flexiblen Busverbindungen, Ruftaxis und Rufbusangebote.

**Von Zeile 2323 bis 2325 einfügen:**

- bei der Förderung Neuanschaffung von Straßenbahnen und Bussen sowie der Umrüstung und dem Erhalt der Infrastruktur wie u.[\[Leerzeichen\]](#)a. Ladestrukturen, Betriebshöfen, Schienen, Oberleistungen.

**Von Zeile 2327 bis 2328 einfügen:**

- Tiefbauarbeiten und die Verbesserung der Rad- und Fußgängerinfrastruktur gemeinsam denkt und verbessert.

**Von Zeile 2353 bis 2354 einfügen:**

- VerkehrsPlanungsabläufe effizienter gestalten, organisatorische bzw. personelle Engpässe beseitigen und Fördermittelnutzbarkeit erhöhen.

**Von Zeile 2356 bis 2357:**

Ob Onlinehandel oder KI-Entwicklungen -- die digitale Transformation erfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Seit 2014 treiben Landesverwaltung und

**Von Zeile 2390 bis 2392:**

- Wir binden die Kommunen noch intensiver in das CERT des Landes ein und werden ein [IT-Sicherheits-Gesetz auf den Weg bringen](#).

~~IT-Sicherheits-Gesetz auf den Weg bringen.~~

**Von Zeile 2452 bis 2453 einfügen:**

- in welchen Fällen dazu berechnigte öffentliche Stellen ihre Daten und Nachweise in Verwaltungsverfahren verwendet haben.

**Von Zeile 2559 bis 2560 einfügen:**

- Wir sind überzeugt davon, dass Thüringen dem Vorbild anderer Länder (z.[\[Leerzeichen\]](#)B. Österreich, Schweiz, Dänemark) folgen und ein Jahresarbeitszeitmodell für

**Von Zeile 2871 bis 2873:**

- und den Hochschulen jährlich die wissenschaftsspezifischen Kostensteigerungen plus 1 **%Prozent** als Aufwuchs garantieren. Das in Thüringen bewährte Modell der langfristigen Finanzierungssicherheit durch

**Von Zeile 2920 bis 2922:**

- das UKJ wollen wir in Zukunft weiter jährlich die wissenschaftsspezifischen Kostensteigerungen plus 1 **%Prozent** Strategiebudget als Aufwuchs garantieren. Die weitere bauliche Entwicklung in Jena

**Von Zeile 2988 bis 2990:**

- Im Rahmen der gemeinsamen Förderung von Wissenschaft und Forschung belegt Thüringen in Bezug auf seine Bundesfinanzierungsquote (61 **%;Prozent**; Basisjahr: 2019; aktuellster Wert aus GWK) den vorletzten Rang aller Bundesländer.

**Von Zeile 2993 bis 2995 einfügen:**

- durch die Teilnahme an entsprechenden Formaten der Bund-Länder-Förderung (z.**[Leerzeichen]**B. im Rahmen der Exzellenzstrategie, Neugründungsinitiativen und Erweiterungen bestehender Einrichtungen) und über die aktive Bewerbung

**Von Zeile 3158 bis 3160 einfügen:**

- Freistaat. Wir werden die Nutzung der Solarenergie voranbringen und das SolarInvest-Programm u.**[Leerzeichen]**a. durch eine gezieltere Förderung von Stromspeichern anpassen. Mit Hilfe eines Landesprogramms sollen mehr

**Von Zeile 3184 bis 3185:**

- Wir wollen das **2,2%2 Prozent**-Flächenziel in Thüringen durch eine aktive Konzentrationsplanung der Windvorrangflächen in ganz Thüringen erreichen.

**Von Zeile 3213 bis 3215 einfügen:**

- Erzeugungskapazitäten für grünen Wasserstoff entstehen. Die innovative Thüringer Wasserstoffforschung u.**[Leerzeichen]**a. am Erfurter Kreuz und in Sonneberg werden wir auch weiterhin unterstützen. Außerdem wollen wir Erfurt zu

**Nach Zeile 3408 einfügen:**

- Eine flächendeckende Erreichbarkeit von Geburtskliniken. Kleinere Geburtskliniken sollten allerdings nur solche Entbindungen vornehmen, für die sie ausgestattet sind. Daher ist eine enge Zusammenarbeit von Geburtskliniken verschiedener Versorgungsstufen nötig. Die Vorhaltung bedarfsnotwendiger Geburtskliniken ist sicherzustellen.
- Weitere Maßnahmen, um die hohe Kaiserschnittrate auf das medizinisch notwendige Maß zu senken. Vor allem Kliniken mit geringerer Geburtenzahl und weniger Personal haben oft höhere Kaiserschnitt-Raten. Ein wesentlicher Grund ist die Finanzierung. Es besteht derzeit ein finanzieller Fehlanreiz zum geplanten Kaiserschnitt, der zu beseitigen ist.
- Eine optimale Betreuung der Schwangeren durch ausreichend und gut ausgebildete Hebammen. Der Beruf muss dafür an Attraktivität gewinnen, insbesondere durch eine bessere Gestaltung der Arbeitsbedingungen.
- Verbesserte Geburtsbedingungen im klinischen Setting durch ausreichend Personal (1:1 Betreuung durch eine Hebamme während der Geburt), möglichst wenig Stress während der Geburt (z. B. das Recht darauf, von den Anfangswehen bis zur vollendeten Geburt im selben Raum zu verbringen; kein Zeitdruck während der Geburt) und eine verbesserte Ausstattung in Kreißsälen: Eine Badewanne pro Kreißaal und sonstige, an Geburtshäuser angepegliche, Ausstattung.
- Eine stärkere Vernetzung von Kliniken und Frauenärzt:innen für ein besseres Screening und eine bessere Information und Steuerung der Schwangeren, damit die Versorgung Hand in Hand erfolgt.

- Eine transparente Übersicht über Leistungsumfang, Personalausstattung und Qualitätsindikatoren aller Geburtskliniken ("Geburtswegweiser") durch eine unabhängige Einrichtung (z. B. Landesärztekammer) zu entwickeln und zu veröffentlichen. Dies muss allgemeinverständlich und leicht zugänglich für Mütter und Frauenärzt:innen aufbereitet werden. Die Daten werden regelmäßig aktualisiert (mindestens alle 2 Jahre).
- Wir wollen eine nachhaltige und langfristige Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen. Gemeinsam mit Vertretern der Landkreise und kreisfreien Städte sowie dem Landesverband Thüringen der Ärzte und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e. V. wird dazu ein Maßnahmenpaket "Thüringer Allianz für den ÖGD" erarbeitet. Dieses Paket soll kurz- und mittelfristige Handlungsfelder sowie strategische Fragen identifizieren und entsprechende Maßnahmen festlegen. Dabei spielen folgende Aspekte eine zentrale Rolle:
  - Studium um zusätzliche Elemente des öffentlichen Gesundheitswesens erweitern (Public Health)
  - dass Teile der praktischen Aus- und Weiterbildung auch in Gesundheitsämtern absolviert werden können
  - sowie ein Lehrstuhl für das öffentliche Gesundheitswesen am Uniklinikum Jena eingerichtet wird.
  - Analog zum "Thüringen Stipendium" fördert das Land Thüringen angehende Mediziner:innen, die sich für eine Tätigkeit im ÖGD entscheiden, mit einem Stipendium.
  - die Aufgabenstruktur des ÖGD wird überarbeitet.
  - es sind weitere Stellen für Praxis- und Hygienefachpersonal auszuweisen
  - um Ärzten mehr berufliche Flexibilität zu geben, soll Amtsärzten auch die Nebentätigkeit im ambulanten Bereich ermöglicht werden bzw. niedergelassenen Ärzten eine teilweise Anstellung im Gesundheitsamt.
  - Thüringen setzt sich bei den Tarifpartner:innen für eine bessere Bezahlung der Beschäftigten im ÖGD ein und schafft weitere Anreize durch Zulagen.
  - der Freistaat fördert unter den Gesundheitsämtern die Bildung von Kooperationen und Zweckverbänden.
  - das für Gesundheit zuständige Ministerium übernimmt mit festen Ansprechpartner:innen die Koordination.
  - ein stärkerer Fokus als bisher soll dabei dem Bereich der Prävention insbesondere vulnerabler Gruppen (prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Kinder, Menschen mit Behinderung...) zukommen.
  - die bisher gültige „Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Aufgaben der Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten“ erhält als Basis ein modernes Landesgesetz für den ÖGD. Die Verordnung wird durch eine Personalmindestausstattung der Gesundheitsämter sowie der zuständigen Landesbehörde erweitert.
- Das Gesundheitswesen selbst sorgt geschätzt für 5 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dies liegt vor allem am Energie- und Ressourcenverbrauch. Das Energiethema wollen wir durch Investitionen in nachhaltige Infrastruktur (vor allem Gebäude) angehen. Den Ressourcenverbrauch wollen wir auch in Thüringen verringern.

**Von Zeile 3469 bis 3475:**

- eine stärkere Vernetzung von Kliniken und Frauenärzt:innen für eine bessere Information und Steuerung der Schwangeren, damit die Versorgung Hand in Hand erfolgt.
- eine transparente Übersicht über Leistungsumfang, Personalausstattung und Qualitätsindikatoren aller Geburtskliniken ("Geburtswegweiser") durch eine unabhängige Einrichtung. Diese muss allgemeinverständlich und leicht zugänglich sein.
- Zu einer Pflege in Würde gehört auch, dass pflegenden Angehörigen eine Teilhabe am sozialen Leben weiterhin möglich ist und ausreichend Entlastungsangebote zur Verfügung stehen. Ein wesentlicher Grund für die Überlastung vieler Angehöriger ist das Fehlen kurzfristig verfügbarer Plätze in der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege, etwa für eine Auszeit, Urlaub oder Reha-Maßnahmen. Daher schaffen wir einen Anspruch auf Vermittlung einer Kurzzeitpflege über eine zentrale Pflege-Vermittlungsstelle – ähnlich der Termin-Servicestelle für Arzttermine.

**Von Zeile 3490 bis 3545:**

- das Medizinstudium um zusätzliche Elemente des öffentlichen Gesundheitswesens erweitern (Public Health)
- Teile der praktischen Aus- und Weiterbildung sollen auch in Gesundheitsämtern absolviert werden können
- es wird ein Lehrstuhl für das Öffentliche Gesundheitswesen am Uniklinikum Jena eingerichtet
- analog zum "Thüringen Stipendium" fördert das Land Thüringen angehende Mediziner, die sich für eine Tätigkeit im ÖGD entscheiden, mit einem Stipendium
- Thüringen setzt sich bei den Tarifpartner:innen für eine bessere Bezahlung der Beschäftigten im ÖGD ein und schafft weitere Anreize
- der Freistaat fördert unter den Gesundheitsämtern die Bildung von Kooperationen und Zweckverbänden
- ein stärkerer Fokus als bisher soll dabei dem Bereich der Prävention insbesondere vulnerabler Gruppen (prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Kinder, Menschen mit Behinderung...) zukommen
- die bisher gültige „Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Aufgaben der Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten“ erhält als Basis ein modernes Landesgesetz für den ÖGD. Es wird auf eine einheitliche Personalmindestausstattung der Gesundheitsämter sowie der übergeordneten Landesbehörde hingewirkt.
- Wir werden ein Landeskonzept zur Suchtprävention entwickeln und die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für Sucht und Prävention prüfen. Die erschreckend hohe Fallzahl von schätzungsweise 50.000 Betroffenen mit Post- und Long-Covid gibt auch in Thüringen Anlass zur Sorge. Die Erforschung und optimale medizinische Versorgung werden wir in Kooperation mit allen medizinischen Leistungsträgern weiter vorantreiben. Darüber hinaus möchten wir uns für eine flächendeckende Versorgung mit Anlaufstellen für postvirale Erkrankungen einsetzen sowie für die Fortbildung der Haus- und Fachärzte. Wir setzen uns für eine schnellere Anerkennung von Diagnosen wie Long-Covid und ME/CFS insbesondere durch die Versorgungsämter des Freistaates Thüringen ein. Das Gesundheitswesen selbst sorgt geschätzt für 5 Prozent der CO2-Emissionen. Dies liegt vor allem am Energie- und Ressourcenverbrauch. Das Energiethema wollen wir durch Investitionen in nachhaltige Infrastruktur (vor allem Gebäude) angehen. Der Ressourcenverbrauch wollen wir auch in Thüringen verringern. Wir setzen uns für die Umsetzung des „One health“ und „Planetary health“ Gedankens in allen medizinischen Bereichen ein. Wir unterstützen und fördern

hierzu insbesondere Konzepte auf dem Weg zum „Green Hospital“, umweltbewusster Ernährung, dem „Landesaktionsplan Hitzeschutz“ oder „Nachhaltiges Gesundheitswesen in Thüringen bis 2045 umsetzen“. Wir unterstützen die Entwicklung neuer Berufsbilder (wie Community Health Nurse, Gemeindenotfallsanitäter) und Stärkung der therapeutischen Leistungserbringer, um Ärzte zu entlasten und effiziente Behandlungsnetzwerke zu schaffen. Wir unterstützen die Heilmittelerbringer bei der Frage der Angleichung der Heilmittel-Berufsbilder an europäische Standards (Akademisierung der Ausbildung etc.). Die flächendeckende Versorgung durch Apotheken ist für uns ein zentrales politisches Anliegen. Wir werden die pharmazeutische Ausbildung in Thüringen stärken und Anreize für eine Niederlassung in unterversorgten Regionen schaffen.

- Wir unterstützen den geplanten Neubau des Instituts für Pharmazie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena mit dem Ziel einen wichtigen Beitrag gegen den Fachkräftemangel von Apotheker\*innen in Deutschland zu leisten. Dies ist dringend notwendig um eine nachhaltige, flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln auch im ländlichen Raum durch Apotheken zu erhalten.
- Die schlechten Arbeitsbedingungen, unter denen Kolleg:innen in der Pflegebranche leiden, sind seit Jahren bekannt. Es wird Zeit, dass auf die systemrelevante Stellung von Pflegekräften mit angemessenen Arbeitsbedingungen geantwortet wird. Deshalb setzt sich die SPD ein für:
  - Das Inkrafttreten eines Pflegeschlüssels, sichergestellt durch verbindliche Pflegepersonaluntergrenzen. Nur so können Träger dazu motiviert werden, genug Personal vorzuhalten, ohne dass regelmäßig zu Unterbesetzung, Schließung von Stationen und Überstunden kommt.
  - Die konsequent höhere Bezahlung bei Überstunden. Damit lohnt es sich für Träger eher, neues Personal einzustellen, sodass die anderen Kolleg:innen nicht ständig springen und mehr Überstunden leisten müssen. Diese Maßnahme lässt die Schaffung von Vollzeitstellen gegenüber Teilzeitstellen attraktiver werden.
  - Wir unterstützen die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche für Pflegekräfte mit vollem Lohnausgleich.

**In Zeile 3674:**

- Die Finanzierung der Kultur muss auch in Haushaltsnotlagen gesichert sein.
- Kommunen sollen künftig auch in Haushaltsnotlage einen höheren Anteil ihrer Mittel als bisher für sogenannte freiwillige Aufgaben einsetzen dürfen.

**In Zeile 3678 einfügen:**

- Kultur muss als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden.
- Wir werden die digitale Archivierung und Zugänglichkeit der Thüringer Kultureinrichtungen weiter vorantreiben.

**Von Zeile 3680 bis 3682:**

- Wir wollen die Parität -- sowohl bei der Besetzung von Kommissionen, Jurys und Gremien im Kultur- und Medienbetrieb als auch bei der Vergabe von Förderungen und künstlerischen Aufträgen.

**Von Zeile 3951 bis 3954 einfügen:**

- Absicherung des Ehrenamtes durch seine Verankerung in der Thüringer Landesverfassung.
- Ausbau der sog. Jugendpauschale sowie Stärkung der Örtlichen Jugendförderung.

## Begründung

redaktionelle Änderungen